

Thorsten Bonacker / Lars Schmitt

## Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten.

Perspektiven soziologischer Protestforschung  
am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung

### Einleitung

Wie kaum ein anderes Thema vermag „Frieden“ schon seit den sicherheitspolitischen Protesten der 1950er und 1960er Jahre zu mobilisieren. Auch im zeitlichen Verlauf scheint der Anteil der Friedensbewegten an der Gesamtzahl der Protestierenden zu steigen – wenigstens mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland, die uns im Folgenden als empirisches Beispiel für unsere Überlegungen zur soziologischen Konzeptualisierung der neuen sozialen Bewegungen dienen soll.<sup>1</sup> Dennoch stoßen hohe Teilnehmerzahlen immer wieder auf Überraschung<sup>2</sup> und dennoch wird bei der Friedensbewegung stärker als bei anderen sozialen Bewegungen über ihr Ende gesprochen.<sup>3</sup> Woran liegt das? Ist das Phänomen Krieg so ubiquitär und ist Friedensbewegung somit immer potentiell gegenwärtig und in einer Dauerlatenz, deren Manifestation man kein langes Leben zuschreibt? Ist sie sozialstrukturell so heterogen geworden, dass sie keinen Charakter mehr hat und deshalb ständig als im Auflösen begriffen wird? Liegt es an ihrem zumindest vom Gegenstand her transnationalen und von den Lebenswelten der Akteure sehr entfernt liegendem Charakter, dass ihr keine Identität zugeschrieben wird? Wäre sie dann als punktuelle Reaktion auf die Veränderung globaler Weltordnung zu verstehen, ohne wirklich „sozial bewegt“ zu sein und ohne gesellschaftsemanzipatorische Ansprüche zu formulieren? Nicht nur der Begriff „soziale Bewegung“ ist zentraler Gegenstand so-

- 1 Den Angaben einer Protestdatenbank (PRODAT) zufolge haben 15,2% aller Protestereignisse von 1950–1994 das Thema „Frieden“ zum Inhalt. Es liegt damit hinter „Demokratie“ und „Arbeit“ auf dem dritten Platz. Was die Zahl der Teilnehmenden betrifft, so liegen Friedensproteste im gleichen Zeitraum mit Abstand auf Platz eins. Sie vereinen 30,7% aller Protestierenden auf sich. Nimmt man die „Hochphasen“ der Proteste gegen die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren und die Proteste gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in den 80er Jahren heraus, so hat sich der Anteil an allen Protesten diesbezüglich von 32% auf über 55% erhöht und es ist zu vermuten, dass der Anteil in den ersten vier Jahren des neuen Jahrtausends noch höher liegt. Vgl. Friedhelm Neidhardt/ Dieter Rucht: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994. Ereignisse, Themen, Akteure, in: D. Rucht (Hg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a.M. 2001, S. 39.
- 2 Vgl. Dieter Rucht: Die Friedensdemonstranten – Wer waren sie?, in: Wissenschaft und Frieden 22 (2004), S. 57–59.
- 3 Vgl. Andreas Buro: Totgesagte leben länger. Die Friedensbewegung von der Ost-West-Konfrontation zur zivilen Konfliktbearbeitung, Idstein 1997 sowie Ulrike C. Wasmuth: Ist die Friedensbewegung tot? Zur Analyse von Protestzyklen, in: Sicherheit und Frieden; H.3 (1985), S. 138–146.

zialgeschichtlicher Forschung. Die Ausführungen Ingrid Gilcher-Holteys zum Protest der 68er können als ein gelungener Versuch bezeichnet werden, auch eine der ersten sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ zu historisieren.<sup>4</sup> Sind aktuelle Friedensproteste damit noch als soziale oder neue soziale Bewegung zu konzipieren, oder handelt es sich eben „nur“ um Proteste?

Im Folgenden konfrontieren wir verschiedene Perspektiven soziologischer Protestforschung mit dem Phänomen der Friedensbewegung. Der Begriff der Perspektive kann dabei in einem dreifachen Sinn verstanden werden: als Perspektivendifferenz zwischen Protestakteuren und ihren sozialwissenschaftlichen Beobachtern,<sup>5</sup> als Paradigmen soziologischer Protestforschung und als Ausblick auf neue Herausforderungen für die Protestforschung angesichts zunehmender Transnationalisierungsprozesse.

## Soziologische Protestforschung im Überblick

Die verschiedenen Ansätze zur Beschreibung, Erklärung und Deutung sozialen Protests weisen teilweise ausgesprochene, teilweise verdeckte Überschneidungen auf. Selbst die vorhandenen Übersichten zu unterschiedlichen Ansätzen der soziologischen Protestforschung bezeichnen ganz Unterschiedliches als Paradigma. Mal verdienen konkrete Ansätze diese Bezeichnung,<sup>6</sup> mal ist es eine Metaebene, der mehrere Ansätze zugeordnet werden, die mit dem Begriff Paradigma belegt wird.<sup>7</sup> Selbst die verschiedenen Übersichten, die Metakategorien bilden, tun dies nicht einheitlich. Drei häufig diskutierte Metakategorien seien hier kurz genannt: (1) Einteilung nach Mikro- bzw. Makroerklärungsansätzen:<sup>8</sup> Mikroperspektiven gehen von handelnden Protestakteuren aus. Makroansätze hingegen betonen Veränderungen auf der Ebene gesellschaftlicher Strukturen und Rahmenbedingungen, die als Schlüssel für die Entstehung von Protest zu verstehen sind. (2) Einteilung nach dem unterstellten Grad

4 Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001; sowie dies. (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.

5 Es soll an dieser Stelle der Hinweis genügen, dass beide Sichtweisen zu vereinbaren sind und dass dem ersten wissenschaftlichen Bruch mit der Alltagserfahrung ein zweiter zu folgen hat. Dieser beinhaltet die Relativierung der spezifischen Perspektive des Wissenschaftlers, dessen Beobachtungen nicht dem realen Handlungsdruck der Akteure unterliegen. Dieser zweite Bruch lässt es demzufolge zu, dass die Akteure nicht unbedingt dem System objektiver (und analysierbarer) Strukturen und Regeln folgen, sondern einen eigenen praktischen Sinn zur Bewältigung der jeweils aktuellen sozialen Situationen entwickelt haben. Vgl. hierzu das komplette Œuvre Pierre Bourdieus, v.a. Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt a.M. 1987, sowie P. Bourdieu/J.C. Chamboredon/J.C. Passeron: Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis, Berlin/New York 1991.

6 Vgl. Kai-Uwe Hellmann: Paradigmen der Bewegungsforschung. Eine Fachdisziplin auf dem Weg zur normalen Wissenschaft, in: A. Klein/H.-J. Legrand/Th. Leif (Hg.): Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 91–113.

7 Vgl. Jean L. Cohen: Strategy or Identity. New Theoretical Paradigms and Contemporary Social Movements, in: Social Research 52 (1985), S. 663–716.

8 Vgl. Detlev Pollack: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, S. 48.

der Rationalität: Hier steht die Vorstellung irrationaler Massen, in denen „sich der Mensch in der Masse zum Tier zurück[entwickelt]“,<sup>9</sup> jenen Ansätzen gegenüber, die die Rationalität der Ziele von Protestbewegungen in den Vordergrund stellen. (3) Einteilung nach identitätsorientierten bzw. strategieorientierten Perspektiven:<sup>10</sup> Diese Untergliederung fasst einerseits Ansätze zusammen, die eine hohe Selbstreferenz und damit Identitätsaspekte in sozialem Protest ausmachen. Diesen Ansätzen zufolge handelt es sich bei den formulierten Ansprüchen um nicht verhandelbare Ziele, weil gerade die Nicht-Verhandelbarkeit eine – sei es gegenkulturelle, sei es systemfunktionale – Identitätskonstruktion gewährleistet. Andererseits werden hier Ansätze gebündelt, die an Zielen orientierte Strategien in den Vordergrund stellen. Bei diesen Ansätzen ist zumindest eine partikulare Befriedung des Protestes durch Erfüllung von Teilzielen seitens der politischen Institutionen denkbar. Kitschelt kombiniert die Mikro/Makro-Einteilung mit der Identität/Strategie-Einteilung und schlägt ein Vierfelder-Schema vor, das einerseits zwischen Aspekten sozialer Ordnung als instrumentell (Strategie) vs. normativ-symbolisch (Identität) unterscheidet und andererseits nach der Orientierung der Ansätze an Akteuren (Mikro) vs. der Orientierung an Umwelt bzw. Strukturen (Makro) fragt.<sup>11</sup>

Den meisten Übersichten gemeinsam ist, dass sie die Entwicklung der amerikanischen Protestforschung von den westeuropäischen Linien unterscheiden und zudem diese Verläufe in den jeweiligen Regionen sehr ähnlich nachzeichnen. Dies verdeutlicht, dass es sich bei den Kategoriebildungen nur um Muster der Strukturierung der mehr oder weniger einheitlich wahrgenommenen Paradigmenentwicklung handelt.

So entwickelt Hellmann die Geschichte der soziologischen Bewegungsforschung ausgehend von dem Gegensatz zwischen marxistischer Geschichtsphilosophie und Massenpsychologie.<sup>12</sup> Der massenpsychologische Pol wird als Ausgangspunkt der US-amerikanischen Protestforschung gesehen. Der *Collective Behavior-Ansatz* geht dabei von der Irrationalität von Protest aus und ist, obwohl auch er strukturelle Spannungen als Entstehungshintergrund von Protest analytisch zulässt, noch stark dem massenpsychologischen Ansatz verhaftet. Der *Relative Deprivation-Ansatz* kann als erster Schritt in Richtung einer Rationalitätsunterstellung von Protest gedeutet werden, wenn sich dieser Aspekt des Rationalen auch auf die Motivation von Protest – als Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit – beschränkt. Beiden Ansätzen gemeinsam ist also die (sozial-)psychologische Ausrichtung und die Deutung von Protestverhalten als irrationale Reaktion. Diese Kritik hat seit dem Ende der 1970er der *Resource Mobilization (RM)-Ansatz* aufgegriffen. Damit entwickelte sich ein Blickwinkel, der die 1980er Jahre der US-amerikanischen Protestforschung dominieren sollte und auch heute – wenn teilweise auch integriert in andere Ansätze – von Bedeutung ist. Vor allem in Auseinandersetzung mit dem *RM-Ansatz* wurde die Perspektive der *Political Opportunity Structures*

9 Vgl. Hellmann: Paradigmen, S. 94.

10 Vgl. Cohen.

11 Herbert Kitschelt: Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute, in: Klein/Legrand/Leif (Hg.): Neue Soziale Bewegungen, S. 144–163.

12 Vgl. Hellmann: Paradigmen; sowie Ansgar Klein: Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zu Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand, in: Vorgänge 164 (2003), H. 4, S. 12–21.

(POS) ins Feld geführt. Mit der Berücksichtigung der politischen Gelegenheitsstrukturen sollte die Vernachlässigung der Umgebung für die Entstehung von Protest durch den *RM-Ansatz* aufgehoben werden. Der *POS-Ansatz* ist nicht einseitig als eine Perspektive zu verstehen, die Gelegenheitsstrukturen als alleinige Erklärungsvariable von Protest thematisiert. Vielmehr sind Gelegenheitsstrukturen von Bewegungsakteuren – einer rationalen Perspektive entsprechend – als solche wahrnehmbar und damit Gegenstand strategischer Überlegungen. Als Folge eines weiteren Defizits des *RM-Ansatzes* – nämlich der Vernachlässigung symbolischer und diskursiver Elemente – lässt sich die Entstehung des *Framing-Ansatzes* darstellen, der einer konstruktivistischen Perspektive Rechnung trägt. Hier geht es um die Bedeutung von Interpretationsleistungen und Deutungsmustern für die Erklärung von Protest.

Nimmt man die marxistische Geschichtsphilosophie als Ausgangspunkt der europäischen Protestforschung, so lassen sich darauf aufbauende Elemente in aktuellen Ansätzen in zweierlei Hinsicht ausmachen. Zum einen stand und steht die Perspektive im Vordergrund, dass Protest als (mehr oder weniger rationale) Reaktion auf *gesellschaftliche Krisen* zu verstehen ist (strukturelle Widersprüche, Modernisierungskrisen etc.). Zum anderen wird nach einer charakteristischen Trägerschaft von Protest gefragt. Der *Neue Soziale Bewegungs Ansatz (NSB)* konzipiert diese zwar nicht als Klasse, die durch eine deprivierte soziale Lage direkt kollektiv agiert, wie dies bei klassischen sozialen Bewegungen etwa der Arbeiterproteste der Fall gewesen ist. Es handele sich hierbei vielmehr um Angehörige der Mittelschicht, die ihre kollektive Identität erst erzeugen müssen. Dennoch werden hier von einer bestimmten (post-materialistischen) Trägerschaft gegenkulturelle Ansprüche formuliert, die als Reaktion auf Modernisierungsprobleme aufgefasst werden. Mit der Idee der *Konstruktion kollektiver Identitäten* sowie mit systemtheoretischen Überlegungen scheint die europäische Diskussion sich konstruktivistischen Konzepten zuzuwenden.

## Paradigmen soziologischer Protestforschung und die (neue) Friedensbewegung

Definitionsgemäß – und dies verbindet auch alle diskutierten Ansätze – hat die soziologische Protestforschung die Aufgabe, den Übergang zwischen latentem Konflikt (gesellschaftlichen Strukturen, Modernisierungskrisen etc.) und manifestem Protest zu untersuchen. Dabei werden unterschiedliche Ausgangspunkte und Untersuchungsgegenstände gewählt. Einigkeit scheint mittlerweile darin zu bestehen, dass diese Lücke von keinem der Ansätze alleine geschlossen werden kann.<sup>13</sup> Wir stellen im Folgenden die vier wesentlichen Paradigmen am Beispiel von neuen Friedensprotesten in der Bundesrepublik vor. Protest kann als rationales Handeln (1) verstanden werden, als das Ausnutzen von politischen Gelegenheitsstrukturen (2), als Reaktion auf Modernisierungskrisen (3) sowie als das Ergebnis von Konstruktionsleistungen (4).

13 Vgl. Pollack, S. 48, sowie Nick Crossley, *Making Sense of social movements*, Buckingham/Philadelphia: Open University Press 2002, 224 S., 19.99 £, pb., S. 168 ff.

(1) *Protest als rationales Handeln*

Der *Ressourcenmobilisierungs-(RM)-Ansatz* versucht die Frage, warum latente Konfliktstrukturen nur vereinzelt und nur unter bestimmten Bedingungen in Protest umschlagen, auf der Ebene von Organisationen zu beantworten. Wichtiger für das Entstehen von Protestbewegungen sind ihm zufolge weniger die strukturell gegebenen Anlässe zum Protest, sondern der Organisationsgrad der Protestierenden. Ins Zentrum rückt damit die Binnenstruktur des Protests und die Fähigkeit der Protestierenden, dauerhaft erfolgreich Ressourcen für ihren Protest zu mobilisieren. Dazu gehören materielle Ressourcen wie Geld und die Bereitschaft, sich zu engagieren, aber auch fachliches und lebensweltliches Wissen, Legitimität und diskursive Ressourcen wie etwa ein kollektives Gedächtnis, das zentrale Gründungsmythen und Symbole bereithält und bei Bedarf erinnert.

Vor allem drei Faktoren sind aus der Perspektive des *RM-Ansatzes* entscheidend für den Übergang von Benachteiligungsempfindungen, den sogenannten grievances, zu kollektivem Protesthandeln: öffentliche Aufmerksamkeit, politische Koalitionen und die interne Organisationsstruktur. Grundsätzlich geht der *RM-Ansatz* davon aus, dass Ressourcen nur in begrenztem Umfang vorhanden, also knapp sind. Die Mobilisierung von Ressourcen findet demnach immer in einer Situation der gesellschaftlichen Konkurrenz um Güter statt. So konkurriert etwa die Friedensbewegung mit anderen politischen Akteuren und auch anderen Protestbewegungen nicht nur um Engagement und die damit verbundenen personellen Ressourcen der Mitglieder, sondern auch um das Setting von öffentlichen Themen. Was in der Öffentlichkeit als legitimer Protestgrund betrachtet wird und welchen Organisationen dabei eine besondere Legitimität zugesprochen wird, hängt weniger von strukturellen Faktoren als von der Fähigkeit der Organisation ab, erfolgreich Einfluss auf die öffentliche Debatte zu nehmen.

Dieser Einfluss lässt sich erhöhen, wenn seitens der Protestbewegung politische Koalitionen eingegangen werden können. Angesichts der peripheren Lage von Protestbewegungen im politischen System ist es dabei besonders günstig, Personen mit einem Zugang zum Zentrum politischer Macht für die Protestbewegung zu gewinnen. Die Proteste der Friedensbewegung gegen den Irakkrieg machten dies 2003 deutlich, weil sie sich zumindest in Deutschland sogar auf eine Zustimmung der Regierung beziehen konnten. Das verlieh dem Protest einen ungleich höheren Legitimationsgrad. Neben direkten Koalitionen mit anderen Akteuren ist aber auch die Netzwerkbildung eine zentrale Strategie der Ressourcenmobilisierung und -akkumulation – vor allem im Hinblick auf den Aufmerksamkeitserfolg und die Rekrutierung von Mitgliedern.<sup>14</sup> Betrachtet man das Innere von Organisationen, so sind diese zwar häufig selbst netzwerkartig strukturiert. Dennoch gilt für den *RM-Ansatz* die Herausbildung von Protesteliten als ein zentrales Merkmal der Organisationsentwicklung. Diese „politischen Unternehmer“ sind vor allem dann wichtig, wenn es darum geht, Organisationen auf-

14 Anthony Oberschall: *Social Conflicts and Social Movements*, Englewood Cliffs 1973; Craig Jenkins: *Resource mobilization theory and the study of social movements*, in: *Annual Review of Sociology* 9 (1983), S. 527–553.

zubauen und Protest gleichsam aus dem Nichts zu organisieren, d.h. ohne über eine gewachsene Organisationsstruktur zu verfügen.<sup>15</sup>

Damit es also zu manifesten und dauerhaften Protesten, mithin zu einer Protestbewegung kommt, müssen die Akteure qua Organisation ausreichend Ressourcen mobilisieren. Kollektives Handeln wird von *RM-Ansatz* demnach weniger als spontanes und strukturell induziertes Massenhandeln, sondern als Strategie verstanden, die auf der erfolgreichen Organisation von Interessen basiert. Fragt man vor diesem paradigmatischen Hintergrund nach den Gründen für die Schwäche der Friedensbewegung in den 1990er Jahren, so zeigt sich vor allem das Problem einer unzureichenden Mobilisierung von Unterstützern seitens der Organisationen der Friedensbewegung und einer fehlenden öffentlichen Aufmerksamkeit für Themen und entsprechende Protestanlässe. Dass trotz einer gegenüber dem Ost-West-Konflikt objektiv nicht geringeren Friedensbedrohung in den 1990er Jahren kaum nennenswerte Proteste der Friedensbewegung zu verzeichnen sind, hängt dem *RM-Ansatz* zufolge mit der organisatorischen Schwäche zusammen, also der Unfähigkeit der Friedensbewegung, Ressourcen erfolgreich zu akkumulieren und in kollektives Handeln umzusetzen.

Damit kann auf der Ebene von Organisationen erklärt werden, warum es trotz latenter Konfliktstrukturen nicht zu kollektiven Protesten kommt. Umgekehrt weist der *RM-Ansatz* darauf hin, dass Benachteiligungen um so stärker empfunden werden, je manifest der Protest und je stärker die Protestbewegung ist – erstens, weil bestimmte soziale Situationen erst dann als Deprivation interpretiert werden, wenn dieses Deutungsschema kollektiv zur Verfügung steht, und zweitens, weil solche Deprivationsempfindungen selbst eine Ressource darstellen können.<sup>16</sup> Eine andere Frage bleibt dabei allerdings ungeklärt: Wenn der Besitz bestimmter Güter für die Entstehung und Etablierung von Protestbewegungen ausschlaggebend ist, wieso kommt es dann trotz geringer Ressourcen zu Protest?

Karl-Dieter Opp hat den *RM-Ansatz* um die aus der *Rational Choice (RC)-Theorie* stammende Wert-Erwartungstheorie ergänzt, um dieses Phänomen zu erklären, das sich insbesondere bei der neuen Friedensbewegung und den Protesten gegen den Irakkrieg beobachten lässt.<sup>17</sup> Die Wert-Erwartungstheorie erklärt kollektives Handeln aus der Perspektive individueller Erwartungen und geht davon aus, dass Individuen dann handeln, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Erstens müssen Individuen erwarten, dass die Folgen ihres Handelns po-

15 John D. McCarthy/ Mayer N. Zald: Resource Mobilization and Social Movements. A partial theory, in: *American Journal of Sociology* 82 (1977), S. 1212–1241; dies.: *The Trend of Social Movements in America. Professionalization and Resource Mobilization*, Morristown 1973.

16 Vgl. Ekkart Zimmermann: Ressourcenmobilisierung und Gewalt, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 11 (1998), S. 55–67.

17 Vgl. Karl-Dieter Opp: DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43 (1991), S. 302–321; ders.: Aufstieg und Niedergang der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik, in: A. Diekmann/C. C. Jaeger (Hg.): *Umweltsoziologie*, Opladen 1996, S. 302–321; ders. u.a.: *Soziale Probleme und Protestverhalten*, Opladen 1984; ders.: Politischer Protest als rationales Handeln, in: B.-Th. Ramb/M. Tietzel (Hg.): *Ökonomische Verhaltenstheorie*, München 1993, S. 207–246. Zur Rational Choice-Theorie vgl. auch Volker Kunz: *Die Konflikttheorie der Rational Choice-Theorie*, in: Thorsten Bonacker (Hg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*, Opladen 2002, S. 461–484.

sitiv sind, d.h. der Nutzen möglichst groß und die Kosten möglichst gering ausfallen. Und zweitens müssen diese positiv eingeschätzten Folgen mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten. Aus Sicht der Wert-Erwartungstheorie entsteht kollektiver Protest also erst dann, wenn ausreichend Individuen die erwarteten Folgen ihrer Beteiligung am Protest nach einer Kosten-Nutzen-Abwägung positiv beurteilen und zugleich vermuten, dass diese Folgen auch eintreten werden. Unter Bedingungen starker gesellschaftlicher Repression ist das Entstehen einer Protestbewegung dementsprechend ebenso unwahrscheinlich wie im Falle einer allzu großen Distanz von artikulierten Protestzielen und der Wahrscheinlichkeit ihres Erreichens.

Opp unterscheidet insgesamt sieben Faktoren, die den Verlauf des Protests beeinflussen: die subjektiv empfundene Unzufriedenheit; den subjektiv wahrgenommenen Einfluss auf politische Entscheidungen; staatliche Sanktionen; Protestnormen, die bestimmte Formen des Protests legitimer, d.h. erwartbarer machen; positive und negative soziale und moralische Anreize wie etwa die Belohnung des eigenen Engagements durch Gruppenmitglieder und dessen Bestrafung durch andere Bezugsgruppen; das Vorhandensein politischer Unternehmer, die beispielsweise die Kosten des Protests übernehmen; sowie die möglichen Handlungsalternativen, die in einer bestimmten Situation bereitstehen. Selbst wenn also die Ressourcen gering sind, kommt es aus der Perspektive der *RC-Theorie* dann zu kollektiven Protesten, wenn die Unzufriedenheit groß ist, die positiven Anreize überwiegen, die Kosten als gering veranschlagt werden, und für die Akteure der Eindruck entsteht, dass ihr Protest etwas an der als unbefriedigend empfundenen Situation ändert. Dabei können sich im Laufe des ansteigenden Protests diese subjektiven Einschätzungen und die damit verbundenen Erwartungen ändern, etwa weil mit größerem Protest die individuellen Kosten sinken und zugleich der wahrgenommene Einfluss steigt.

Der aus Sicht des *RM-Ansatzes* doch recht überraschende Anstieg der Proteste gegen den Irakkrieg könnte dementsprechend mit der *RC-Theorie* dadurch erklärt werden, dass die Position der eigenen und anderer europäischer Regierungen sowie die affirmative Darstellung der Proteste in den Massenmedien dazu geführt haben, dass die Anreize zur Beteiligung hoch und die Kosten zugleich gering eingeschätzt wurden. Weil die Regierung an ihrer kritikstischen Position auch dann festhielt, als der internationale, vor allem der amerikanische Druck wuchs, stieg trotz des Kriegsausbruches auch der wahrgenommene Einfluss auf politische Entscheidungen.

## *(2) Protest als Folge günstiger politischer Gelegenheiten*

Es fällt leicht, die Mitte der 1980er Jahre aufkommende stärkere Berücksichtigung politischer Gelegenheitsstrukturen als Reaktion auf Defizite des *RM-Ansatzes*, v.a. auf die Vernachlässigung mobilisierungsexterner Umweltfaktoren, zu verstehen.<sup>18</sup> Im Mittelpunkt

18 Vgl. Doug Mc Adam: *Political Process and the Development of Black Insurgency 1930–1970*, Chicago/London 1982; sowie Jenkins: *Resource Mobilization*; Herbert Kitschelt: *Resource Mobilization Theory. A Critique*, in: D. Rucht (Hg.): *Research on Social Movements. The State of the Art in Western Europe and the USA*, Frankfurt a.M./Boulder 1992, S. 323–347.

steht hier die These, dass Protestmobilisierung nicht unabhängig von strukturellen Voraussetzungen im politischen System stattfinden kann. Der von Eisinger in die Debatte gebrachte Ansatz der *Political Opportunity Structures (POS)*<sup>19</sup> kann als Wiedereinbeziehung von Umweltbedingungen verstanden werden, ohne dass dies gleichbedeutend mit einer Abkehr von strategieorientierten Paradigmen wäre. So diskutiert Kitschelt diesen Ansatz dahingehend, dass er die Grundannahmen des rationalen Paradigmas teile, nach dem Akteure mit „externen Restriktionen in instrumentell-zweckrationaler Weise umgehen.“<sup>20</sup> Was aber sind diese externen Restriktionen, die als politische Gelegenheitsstrukturen bezeichnet werden? Eisinger versteht darunter „the degree to which groups are likely to be able to gain access to power and to manipulate the political system.“<sup>21</sup> Stark geschlossene politische Systeme tendieren seiner Ansicht nach dazu, soziale Bewegungen zu unterdrücken, extrem offene hingegen dazu, sie zu assimilieren.<sup>22</sup>

Dieser Ansatz hat eine Reihe von Erweiterungen und Konkretisierungen erfahren. Unter anderem hat Kitschelt darauf hingewiesen, dass nicht nur der Grad der Offen- bzw. Geschlossenheit des politischen Systems, sondern auch seine Effektivität zu berücksichtigen sei.<sup>23</sup> Er nennt in Anlehnung an McAdam und Tarrow als mögliche Gelegenheitsstrukturen: (1) die formal-institutionellen Zugangsbedingungen für Akteure, Präferenzen zu artikulieren und in Aggregations- und Entscheidungsfindung einzubringen, (2) „die Präsenz oder Abwesenheit von Bündnispartnern im politischen Prozess“, (3) den Grad der Geschlossenheit der herauszufordernden Eliten, (4) die Repressionsressourcen dieser Eliten, (5) die zeitliche Entwicklung des Bewegungssektors („Bewegungszyklus“), (6) das internationale Klima für neue Forderungen (außerhalb des politischen Systems, in dem Ansprüche angemeldet werden), (7) die organisatorisch-administrativen Verfahrensbedingungen, die es Akteuren ermöglichen, die Implementierung von ungewünschten Politiken zu stören.<sup>24</sup>

Diese Aufzählung verschiedener Gelegenheitsstrukturen hält Kitschelt allerdings kaum für sinnvoll, da es vom konkreten empirischen Fall abhängig sei, welche Gelegenheitsstrukturen in welcher Ausprägung für Mobilisierung als externe Bedingung eine Rolle spielen. Demzufolge ist auch keine Theorie der Gelegenheitsstrukturen denkbar, die allgemeine, operationalisierbare Aussagen erlaubt. Retrospektive Analysen zu jeweils einer Protestbewe-

19 Vgl. Peter K. Eisinger: *The Conditions of Protest Behavior in American Cities*, in: *American Political Science Review* 67 (1973), S. 11–28.

20 Kitschelt, *Politische Gelegenheitsstrukturen*, S. 150.

21 Eisinger, S. 25.

22 Pollack, S. 46.

23 Herbert Kitschelt: *Political Opportunity Structures and Protest. Anti-Nuclear Movements in Four Democracies*, in: *British Journal of Political Science* 16 (1986), S. 57–85.

24 Kitschelt: *Politische Gelegenheitsstrukturen*, S. 147. Kitschelt greift hierbei auf Arbeiten McAdams und Tarrow zurück: vgl. Doug McAdam: *Conceptual Origins, Current Problems, Future Directions*, in: ders./ J. D. McCarthy/ M. N. Zald (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilization Structures and Cultural Framings*, Cambridge 1996; Sidney Tarrow: *Power in Movement. Social Movements, Collective Action and Politics*, Cambridge 1994, ders.: *States and Opportunities. The Political Structuring of Social Movements*, in: D. McAdam/ J. D. McCarthy/ M. N. Zald (Hg.): *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilization Structures and Cultural Framings*, Cambridge 1996, S. 41–61.



gung, die sich den politischen Gelegenheitsstrukturen verschrieben haben, wirken daher oft beliebig und eklektisch, weil immer „passende“ Gelegenheitsstrukturen zur Erklärung herausgegriffen werden können.<sup>25</sup>

Mit Blick auf die Friedensproteste in der Bundesrepublik Deutschland von Beginn der 1980er Jahre bis heute lassen sich protestintensive von protestärmeren Phasen unterscheiden. Man könnte nun entweder eine Gelegenheitsstruktur, die als entscheidend für eine der Phasen wahrgenommen wird, herausgreifen und deren Veränderung über den gesamten Zeitraum untersuchen, oder aber bei jeder Phase nach den jeweiligen begünstigenden Umgebungsbedingungen bzw. den entscheidenden Restriktionen fragen. Da letzteres hier nicht möglich ist und empirische Untersuchungen zu Friedensprotesten, die ausschließlich mit dem Konzept politischer Gelegenheitsstrukturen arbeiten, nicht vorliegen, greifen wir zunächst auf den Wandel nationaler parteipolitischer Gelegenheitsstrukturen zurück. Diese werden als wichtige Erklärung für den Protest der 1980er Jahre und die protestarme Phase danach gesehen.<sup>26</sup> Betrachten wir die Jahre 1981–1983 als Anstieg bis zu dem Höhepunkt der Friedensmobilisierung,<sup>27</sup> so müssten die politischen Gelegenheiten davor und danach ungünstiger gewesen sein. Man könnte unterstellen, dass die Entspannungspolitik unter Brandt selbst friedenspolitische Ziele beinhaltete, so dass hier kaum Gelegenheit geboten wurde, außerparlamentarisch friedenspolitische Ansprüche zu äußern. Dies änderte sich mit der Haltung der Regierung Schmidt im Kontext des NATO-Doppelbeschlusses und der konfrontativeren Ausrichtung der USA unter Reagan sowie der Afghanistan-Politik der UdSSR.<sup>28</sup> Hier wurden solche Ansprüche auf den Plan gerufen. Mit der Entstehung der zumindest in Teilen pazifistisch orientierten Partei „Die Grünen“ und deren Einzug in den Bundestag 1983 waren nicht nur friedenspolitische Anliegen parlamentarisch vertreten, sondern dieses auch noch in der Rolle der Opposition. Diese politische Konstellation könnte also wieder als zu offen bezeichnet werden. Generell müsste bis heute eine zunehmende bzw. gleich bleibende Offenheit unterstellt werden. Man könnte zwar einerseits behaupten, dass die Grünen mit dem Regierungswechsel von 1998 die pazifistische Oppositionsrolle abgegeben haben, aber andererseits wurde sie erstens diesbezüglich von der PDS „ersetzt“, und zweitens war mit den Grünen nun eine bewegungsnahe Partei an der Regierung, was als eine Pro-

25 Zu einer weitgehenden Kritik am Political Opportunity-Ansatz vgl. v.a. Karl-Dieter Opp: *Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorienvergleich von Erklärungen politischen Protests*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 25 (1996), S. 223–242.

26 Kitschelt: *Politische Gelegenheitsstrukturen*, S. 157ff.

27 Rüdiger Schmitt weist anhand geschätzter Teilnehmerzahlen die Aktionswoche im Herbst 1983 mit bundesweit über 1.000.000 Teilnehmern als Höhepunkt der Aktivitäten aus, vgl. Rüdiger Schmitt: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung*, Opladen 1990, S. 15f.

28 Zu dieser Konstellation vgl. Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. und New York 1986*, S. 206ff; sowie Hans-Josef Legrand: *Die bundesrepublikanische Friedensbewegung 1979–1988. Entstehung, Verlauf und Wirkungsaspekte einer neuen sozialen Bewegung*, in: Ulrike C. Wasmuht (Hg.): *Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion*, Darmstadt 1989, S. 209–235.

test nicht begünstigende Offenheit zu verstehen ist.<sup>29</sup> Die Tatsache, dass trotz der Kosovo- und Afghanistan-Einsätze diesbezüglich kaum Massenproteste stattfanden, passt in dieses Bild. So argumentiert auch Roth damit, dass sich für „die Mobilisierungsversuche der Friedensbewegung [...] im nationalen Kontext die ‚befreundete‘ rotgrüne Regierung als Desaster [erwies].“<sup>30</sup> Roth weist in diesem Zusammenhang bereits darauf hin, dass die internationale Konstellation als Gelegenheitsstruktur zu berücksichtigen sei. Ohne sie ließe sich wohl kaum der Protest gegen den sogenannten zweiten Golfkrieg 1991 erklären und erst recht nicht die Massenmobilisierungen anlässlich des Irakkrieges 2003. Bei letzteren ließe sich vermuten, dass es sehr begünstigend ist, nicht gegen die „befreundete“ Regierung, sondern unabhängig davon oder sogar im Einklang mit dieser gegen eine vermutete Weltordnungsvorstellung der USA – also transnational orientiert, nicht an die „eigenen“ nationalen Entscheidungsträger gerichtet – zu protestieren. Auch das Paradigma politischer Gelegenheitsstrukturen geht davon aus, dass deprivierte Akteure eine notwendige Voraussetzung für Protest sind. Es fragt jedoch im Unterschied zum folgenden *Krisenansatz* nicht nach den strukturellen Gründen der Deprivationsempfindungen, sondern nach den strukturellen Bedingungen, die es ermöglichen, latente Konfliktstrukturen in manifesten Protest zu überführen.

### (3) *Protest als Folge, Ausdruck und Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen*

Wenn wir den Vorschlag von Dieter Rucht beachten, dass man mit dem Ansatz der politischen Gelegenheitsstrukturen auch gesamtgesellschaftliche Strukturen ins Auge fassen könnte,<sup>31</sup> scheint dies nahtlos an das Paradigma der gesellschaftlichen Krisen anzuschließen. Auf den zweiten Blick wird jedoch deutlich, dass der Ansatz der Gelegenheitsstrukturen im Falle von Protest nach einer gesamtgesellschaftlichen Konstellation der Gelegenheiten fragen würde, die den Protest begünstigt. Das hat zunächst nichts mit einer modernisierungstheoretischen Perspektive zu tun, um die es aber bei dem *Krisenansatz* geht. Dabei wird sowohl nach Entstehungsgründen sozialen Protests in der Verfasstheit gesellschaftlicher Verhältnisse Ausschau gehalten, als auch in sozialen Bewegungen ein Indikator bzw. normativ ein Veränderungsträger dieser Verhältnisse gesehen.<sup>32</sup>

29 Zum Verhältnis von Machtwechseln und sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland seit den 1960er Jahren vgl. Joachim Raschke: Machtwechsel und soziale Bewegungen, in: Klein/LeGrand/Leif (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen*, S. 64–88.

30 Roland Roth: *Friedensbewegung als Teil einer Protestkultur zwischen Aufbruchstimmung, Verunsicherung und Resignation. Fragen und Thesen zum Strategiekongress Bielefeld 29./30.06.2002*, <http://www.friedenskooperative.de/themen/deeska73.htm> [14.2.2004].

31 Dieter Rucht: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M. 1994.

32 Als Beispiele für diesen wechselseitigen Makro-Bezug sozialer Bewegungen zur gesellschaftlichen Entwicklung vgl. Brand/Büsser/Rucht; sowie Joachim Raschke: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt a.M./New York 1985. Alain Touraine entwickelt sogar die Vorstellung, „die Soziologie von der Analyse sozialer Bewegungen her neu aufzubauen.“ Vgl. Alain Touraine: *Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse*, in: Joachim Matthes (Hg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft? Frankfurt a.M./New York 1983*, S. 143.

Im Gegensatz zur US-amerikanischen Entwicklung, die verschiedene Stadien durchlaufen hat, ist das Krisen-Paradigma das von Beginn der europäischen Bewegungsforschung an dominante.<sup>33</sup> Als Ausgangspunkt kann hier eine – vielfältig gebrochene – marxistische Geschichtsphilosophie genannt werden. Protest ist demzufolge als Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Krisen bzw. auf *die* Krise der modernen Zivilisation zu verstehen. Wenn unter dieser Perspektive retrospektiv Protestbewegungen betrachtet werden, beginnt die einschlägige Literatur demzufolge häufig damit, die Krisenhaftigkeit der Moderne bzw. deren Strukturprobleme zu schildern.<sup>34</sup> Die Ansätze, die die gesellschaftliche Entwicklung bzw. ihre Brüche und Strukturprobleme als Ausgangspunkt sehen, werden weitestgehend unter dem Stichwort der *Structural Strains* (Smelser) diskutiert. Bei diesen Konzepten findet sich die Idee des strukturellen Widerspruches wieder, auch wenn „zwischen zwei Krisenbegriffen unterschieden werden [muss]: 1. die objektiv gegebene Krise der technischen Zivilisation und Modernität und 2. die Krise, die unmittelbar Auslöser für das Entstehen einer sozialen Bewegung ist und war [...]. Erstere muß aus analytischen Gründen als strukturelle Bedingung für letztere mituntersucht werden, während letztere die Krise ist, die von den Betroffenen einer sozialen Bewegung unmittelbar als solche empfunden wird.“<sup>35</sup> Klaus Eder meint Ähnliches, wenn er zwischen sozialstrukturellem bzw. kulturellem Determinismus unterscheidet. Ersterer sehe gemäß der „Klasse an sich“ in den Protestakteuren die sozialstrukturell negativ Betroffenen. Letzterer hingegen verstehe Protest als Ergebnis eines subjektiven Bewusstseins dieser Klassenlage („Klasse für sich“). Im ersten Fall ist – im Gegensatz zu objektivistischen Beschreibungen klassischer sozialer Bewegungen – „das evolutionär Neue [...], daß nach der Zähmung des alten Klassenkonfliktes durch den Staat nun die Folgeprobleme dieser politischen Zähmung ihrerseits gezähmt werden müssen.“<sup>36</sup> Die strukturelle Determination wird hier also nicht mehr auf der Ebene einer objektiven (proletarischen) Klassenlage, sondern eher auf der Ebene einer objektiven institutionellen Betroffenheit gesehen. Im zweiten Falle – dem kulturellen Determinismus – werde das Neue in gewandelten Werten, nämlich im postmaterialistischen Kollektivbewusstsein, als Ursache von Protestaktivitäten ausgemacht.<sup>37</sup>

Mit diesem wohl prominentesten Konzept des *Krisenansatzes* – der Idee von neuen sozialen Bewegungen im engeren Sinne – wird neben dem gesellschaftlichen Grundwiderspruch ein weiterer Bezug zu Marx sichtbar, nämlich der analytische Rekurs auf die Sozialstruktur der Bewegung selbst. „Für die Friedensbewegung gilt wie für die anderen neuen sozialen Bewegungen, dass ihre Anhängerschaft sich vorwiegend aus Bevölkerungskreisen mit höherer formaler Qualifikation (Abitur), jüngerem Alter (unter 36), sogenannter postmaterialisti-

33 Vgl. Hellmann, Paradigmen.

34 Vgl. Brand/Büsser/Rucht.

35 Ulrike C. Wasmuht: Zur Untersuchung der Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen. Ein analytischer Deskriptionsrahmen, in: dies (Hg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989, S. 159–176, hier S. 171.

36 Klaus Eder: Die „Neuen Sozialen Bewegungen“: Moralische Kreuzzüge, Politische Pressure Groups oder soziale Bewegung? in: Wasmuht (Hg.): Alternativen, S. 178.

37 Ebd., S. 177ff.

scher Einstellung und relativ hoher Bereitschaft zu ‚unkonventionellen‘ politischen Verhaltensweisen (Bürgerinitiativen, Demos etc.) rekrutiert [...]“. <sup>38</sup> Diese Aussage bezieht sich auf die Friedensbewegung der 80er Jahre, doch auch für die Proteste gegen den Irakkrieg 2003 ergibt sich einer Umfrage zufolge ein sehr deutliches Bild: 60% der Protestierenden haben einen Hoch- oder Fachhochschulabschluss, 8,6% sogar eine Promotion, 83% besitzen die Hoch- oder Fachhochschulreife. Nach der „Sonntagsfrage“ bekämen die Grünen 53,7%, die SPD 20%, die PDS 20,3%, CDU/CSU hingegen nur 1,5 und die FDP 1,1%. <sup>39</sup> Damit ist allerdings nicht behauptet, dass dieser Protest ähnlichen postmaterialistischen Bewegungscharakter aufweist wie der der 80er Jahre. Das mediale Bild der Demonstrierenden vermittelt eher den Eindruck, als handele es sich um eine sehr heterogene Sozialstruktur.

Mit dem Verweis auf den Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Orientierungen ist nicht nur eine Aussage über Protestakteure, sondern auch über Protestinhalte getroffen, da mit der vermeintlichen Werteverchiebung nun Themen wie Gesundheit, Selbstverwirklichung etc. zu wichtigen Ansprüchen wurden. Als neue soziale Bewegungen gelten demzufolge die Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre, die solche selbstreferenziellen, lebensweltlichen Bezüge aufweisen: Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Alternativbewegung, Jugendprotest und Friedensbewegung. Gerade die Aufrüstung und die Aussicht, die eigene Lebenswelt durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen bedroht zu sehen, unterscheidet die Friedensbewegung der 1980er Jahre von den Friedensprotesten, die sich Anfang der 1950er Jahre gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik richteten sowie sich Ende der 1950er Jahre der „Kampf-dem-Atomtod-Kampagne“ verschrieben hatten. „Die u.E. wichtigste Differenz zu den ‚alten‘ Friedensbewegungen liegt im gesellschaftlichen Umfeld und in der Motivationslage des heutigen Friedenspotentials. Der Aufstand gegen den Rüstungswahn und den Schrecken des Abschreckungssystems muß gewissermaßen als Spitze eines Eisberges von postmaterialistischen, gegenkulturellen und antitechnokratischen Strömungen in der jüngeren Generation gesehen werden, die in diversen neuen sozialen Bewegungen ihren engagierten Ausdruck finden.“ <sup>40</sup> Diese Aufteilung in eine eher von Kriegserfahrung und materiellen Ängsten geprägte frühe und in eine im Einklang mit anderen postmaterialistischen Bewegungen stehende neue Friedensbewegung blieb nicht unkritisiert.

Legrand verweist mit Roth auf den Doppelcharakter der Friedensbewegung, dass diese einerseits als „riesige Ein-Punkt-Bewegung“ erscheine, andererseits aber auch als „konsequente Fortsetzung ökologischer und feministischer Praxis zu einer ‚Überlebensbewegung‘ zu be-

38 Brand/Büsser/Rucht: *Aufbruch*, S. 217. Die Autoren beziehen sich hierbei auf Umfrageergebnisse aus folgenden Studien: EMNID-Untersuchung (Spiegel-Umfrage), in: *Der Spiegel*, Nr.48/49/50 1981; Infratest Wirtschaftsforschung: *Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland*. Beiträge zur sozial-empirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart u.a. 1980; Manfred Küchler: 18 bis 35 + Abitur = Aktivgruppe, in: *Der Spiegel*, Nr. 48/1981, S. 65ff. sowie *Jugendwerk der Deutschen Shell AG: Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Hamburg 1981.

39 Vgl. Rucht: *Friedensdemonstranten*.

40 Brand/Büsser/Rucht: *Aufbruch*, S. 214.

greifen“ sei. Schiller zufolge ist die Friedensbewegung in Ermangelung einer emanzipatorischen Motivation als politische und nicht als soziale Bewegung zu begreifen.<sup>41</sup> Es geht um eine emanzipatorische Motivation, also um eine gegenkulturelle Reaktion auf offensichtlich nicht-emanzipierte gesellschaftliche Verhältnisse.

Nicht nur die Zuordnung der Friedensbewegung zu neuen sozialen Bewegungen und ihre Abgrenzung von den Friedensprotesten der 1950er und 1960er Jahre wurde problematisiert. Auch die für diesen Ansatz so bedeutsame, von Inglehart entwickelte These des Wandels von materialistischen Akzeptanzwerten (Pflicht, Fleiß etc.) zu postmaterialistischen Selbstentfaltungswerten (wie Freiheit, Selbstbestimmung) ist sowohl theoretisch und empirisch als auch bezogen auf Protestmotivationen kritisiert worden.<sup>42</sup>

Dementsprechend schwer fällt es, den *Krisenansatz* auf die neusten Friedensproteste in Deutschland zu beziehen. Zwei Möglichkeiten sind hier denkbar. Entweder man nimmt das globale Gefüge und die Krisenhaftigkeit einer vermeintlichen Weltgesellschaft ins Blickfeld und versteht die US-amerikanischen Weltordnungsvorstellungen als Symptom (und Ursache) einer vereinheitlichenden (und daher gerade nicht universellen), bevormundenden, imperialistischen Politik.<sup>43</sup> So ließe sich der Protest als Reaktion auf die Krise globaler Vergesellschaftung mit ungleich verteilten Chancen auf Lebenserwartungen quantitativer wie qualitativer Art deuten. Die zweite Möglichkeit, den Krisenansatz als Erklärung für Proteste gegen den Irakkrieg heran zu ziehen, besteht darin, diese als Reaktion auf die Krisenhaftigkeit der jeweils eigenen Gesellschaften zu sehen. Werden die Strukturprobleme der „entwickelten“ modernen Gesellschaften wie hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, ungleich verteilte Bildungschancen etc. aber als Anlass für Friedensproteste gesehen, muss begründet werden, warum nicht direkt gegen diese die eigenen Lebenswelten betreffenden Krisensymptome protestiert wird, sondern Protest sich auf die transnationale Ebene projiziert. Es wäre also nach dem Verhältnis von Strukturkrise und auslösender Krise bzw. nach dem Verhältnis von struktureller Betroffenheit und kollektiven Deutungsrahmen zu fragen.

41 Hans-Josef Legrand: Die bundesrepublikanische Friedensbewegung, in: Wasmuht (Hg.): Alternativen, S. 209f. Er verweist auf Roland Roth: Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Eine vorläufige Skizze, in: Karl-Werner Brand (Hg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M./New York 1985, S. 20–82 sowie auf Theo Schiller: Interaktionsmuster zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen, in: Jürgen Falter/Ch. Fenner/M.Th. Greven (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 496–504.

42 Zu einer allgemeinen Kritik vgl. Helmut Thome: Wandel zu postmaterialistischen Werten? Theoretische und empirische Einwände gegen Ingleharts Theorie-Versuch, in: Soziale Welt 36 (1985), S. 27ff. Einen tautologischen Charakter in dem Versuch, das Wertewandeltheorem auf Modernisierungskrisen zu beziehen, macht Schmitt aus. Außerdem wird hier empirisch anhand von Interviews mit Umweltengagierten dargelegt, dass deren Protestmotivationen sich außerhalb der Materialismus-Postmaterialismus-Dichotomie bewegen können. Vgl. Lars Schmitt: Ökologie und gesellschaftskritisches Bewusstsein. Wie ROT ist eigentlich GRÜN? Marburg 2002.

43 Vgl. Jean Baudrillard: Das Globale und die Gewalt, in: Frankfurter Rundschau, 9.8.2003, S. 9.

(4) *Protest als Kommunikation*

In der neueren soziologischen Protest- und Bewegungsforschung ist gegenüber dem *Krisenansatz* ähnlich wie gegenüber dem *Deprivationsansatz* nicht nur geltend gemacht worden, er könne die hinreichenden Bedingungen für die Entstehung von Protest nicht erklären, sondern er interessiere sich darüber hinaus nicht für den Protest als eigenständige soziale Tatsache. Konstruktivistischen Ansätzen geht es dabei also weniger um sozial- oder gesellschaftsstrukturelle Voraussetzungen kollektiven Protests. Vielmehr konzentrieren sie sich auf zweierlei: erstens auf Protest als ein spezifisches Kommunikationsereignis und zweitens auf die wirklichkeitserzeugende Qualität von Protestkommunikation. Damit wird die These von der krisenbedingten Entstehung des Protests umgekehrt: Gesellschaftliche Krisen und relative Deprivation stellen nicht konfliktexterne Ursachen, sondern konfliktinterne kommunikative Referenzen dar. Dabei leugnen natürlich auch *konstruktivistische Ansätze* nicht, dass Krisen ein wichtiger Faktor für die Entstehung von kollektiven Protesten sind. Aber schon Mitte der 1980er Jahre stellte Wilfried von Bredow fest, dass es für die Erklärung der Entstehung von Protestbewegungen „immer nur um die Wahrnehmung krisenhafter Entwicklungen geht. Diese Wahrnehmung kann in den Augen anderer Gesellschaftsmitglieder völlig falsch sein.“<sup>44</sup> Das zeigt sich vor allem, so von Bredow, bei der Diagnose von Bedrohungspotentialen und -szenarien durch die Friedens- und Ökologiebewegung. Deshalb fragen konstruktivistische Analysen, wie Anlässe zum Protest im Protest kommuniziert werden, wie also die soziale Umwelt des Protests für den Protest zum Anlass genommen wird, um zu protestieren. Die Brücke zwischen latentem Konflikt und manifestem Protest wird hier also von der Seite des Protests her geschlossen. Anders gesagt: Protest gibt es dann, wenn sich Protestkommunikationen erfolgreich stabilisieren, in dem sie Konflikte generieren und auf Dauer stellen, Protest also institutionalisieren.<sup>45</sup>

Zu den prominentesten *konstruktivistischen Ansätzen* gehört ohne Zweifel die neuere Systemtheorie.<sup>46</sup> Im Anschluss an seine Risikosoziologie beschreibt Luhmann Protest als Folge der Zurechnung von Entscheidungen und vor allem der Folgen von Entscheidungen.<sup>47</sup> Auf der einen Seite können diese Folgen als Risiko, auf der anderen Seite als Gefahr beobachtet werden – je nach dem, ob der Beobachter sich als Entscheider betrachtet, der mit der Ent-

44 Wilfried von Bredow: Sozialer Protest und Friedensbewegung in Westeuropa, in: Beiträge zur Konfliktforschung 15 (1985), S. 35–50, hier S. 37.

45 Vgl. Hans-Joachim Giegel: Gesellschaftstheorie und Konfliktsoziologie, in: ders. (Hg.): Konflikt in modernen Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1998, S. 9–28.

46 Zur neueren Systemtheorie und Protest vgl. Niklas Luhmann: Ökologische Kommunikation, Opladen 1986; ders.: Protest, hg. und eingeleitet von Kai-Uwe Hellmann, Frankfurt a. M. 1996; sowie Klaus P. Japp: Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 35 (1984), S. 313–329; ders.: Neue Soziale Bewegungen und die Kontinuität der Moderne, in: Johannes Berger (Hg.): Die Moderne – Kontinuität und Zäsuren, Opladen 1986, S. 311–333; ders.: Die Form des Protests in den neuen sozialen Bewegungen, in: Dirk Baecker (Hg.): Probleme der Form, Frankfurt a. M. 1993, S. 230–251; Thorsten Bonacker: Die Ironie des Protests, in: ders./André Brodocz/Thomas Noetzel (Hg.): Die Ironie der Politik. Über die Konstruktion politischer Wirklichkeiten, Frankfurt a.M./New York 2003, S. 195–212.

47 Niklas Luhmann: Soziologie des Risikos, Berlin/New York 1991.

scheidung ein kalkulierbares Risiko eingeht, oder ob er sich als Betroffener fremdbestimmter Entscheidungen sieht, der mit Folgen leben muss, ohne sie durch eigene Entscheidungen herbeigeführt zu haben. Der Betroffene „sieht sich als durch Entscheidungen gefährdet, die er nicht selber tätigen oder kontrollieren kann. [...] Wir stehen vor dem klassischen Sozialparadox: Die Risiken sind Gefahren, die Gefahren Risiken, weil es sich um ein und denselben Sachverhalt handelt, der mit einer Unterscheidung beobachtet wird, die eine Differenz der beiden Seiten verlangt. Dasselbe ist verschieden.“<sup>48</sup> Protestbewegungen orientieren sich an diesem Problem der Gleichzeitigkeit von Risiko und Gefahr und verweisen damit auf die grundsätzliche Kontingenz von Entscheidungen und die Verschiedenartigkeit ihrer Beobachtung. Systemtheoretisch gesprochen existiert also ein enger Zusammenhang zwischen Kontingenz und Protest. Denn wo immer man entscheiden kann, ist Protest wahrscheinlich, weil Entscheidungen die Welt in Entscheider und Betroffene teilen – wobei sich herausstellen kann, dass die Entscheider selbst in einer Weise betroffen sind, an die sie gar nicht gedacht haben. Die Friedensbewegung markiert insofern die andere Seite der Entscheidung innerhalb des politischen Systems und reflektiert die Unterschiedlichkeit der Folgen von Entscheidungen. Während etwa die Androhung von Gewalt im politischen System eine sinnvolle politische Strategie sein kann, ist sie für andere nicht ein kalkulierbares Risiko, sondern eine Gefahr – eine Gefahr, gegen die man protestieren muss.

Schließlich wurde im Rahmen der Systemtheorie auch auf die mobilisierende, weil Konflikt generierende Funktion von moralischer Kommunikation hingewiesen.<sup>49</sup> Allerdings sollten Moral und Protest keineswegs in eins gesetzt werden. Denn sicherlich, so etwa Kai-Uwe Hellmann, „mag Moral mit dazu beitragen, die Abgrenzung neuer sozialer Bewegungen von ihrer Umwelt zu verstärken, indem sie Achtung und Missachtung austeilen. Aber es würde sich dann allenfalls um eine Art Zweitcodierung handeln können, die zusätzlich eingesetzt wird, um Grenzen zu markieren und Teilnahmebereitschaften auf Verlässlichkeit abzuklopfen.“<sup>50</sup> In der Tat ist es nicht nur plausibel, Moral als eine solche Form der Zweitcodierung zu verstehen, sondern diese moralische Zweitcodierung von Protestkommunikation ist darüber hinaus auch sehr wahrscheinlich. Weil Betroffene gegen Entscheidungen protestieren, die sie Entscheidern personal zurechnen, liegt es nahe, die Entscheider zu missachten. Die moralische Zweitcodierung von Protest erfüllt dabei auch die Funktion, Zurechnungen vorzunehmen, die für Protest unverzichtbar sind, denn „die Betroffenheitsverteilung durch die Differenz von Entscheidern und Betroffenen erzeugt strukturellen Dissens durch bestimmte Zurechnungen. Hier greift insbesondere die Orientierung auf Schuld (also Schuldige) an Katastrophenpotentialen, die zu solchen Themenselektionen führt, die verstreute Protestkommunikation auf Systembildung umsetzen können.“<sup>51</sup> Auch aus systemtheoretischer Sicht

48 Ebd., S. 117.

49 Werner Bergmann: Was bewegt die soziale Bewegung? Überlegungen zur Selbstkonstitution der „neuen sozialen Bewegungen“, in: Dirk Baecker u.a. (Hg.), *Theorie als Passion*, Frankfurt a. M. 1989, S. 362–393; Niklas Luhmann: *Gesellschaftsstruktur und Semantik*, Band 3, Frankfurt a. M. 1993.

50 Kai-Uwe Hellmann: *Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*, Opladen 1996, S. 101.

51 Japp: *Form des Protests*, S. 242.

trägt moralische Kommunikation deshalb wesentlich zur Mobilisierung und damit zur Verstärkung des Protests bei. Entscheidend dabei ist, die Protestkommunikation an einen Wert zu binden, der unbestreitbar Zustimmung signalisiert. Das erhöht, wie man am Beispiel des Wertes Frieden leicht sieht, sowohl die Akzeptanz als auch die Anschlussfähigkeit von Protesten.

Unterscheidet man zwischen Protest und Protestbewegung, so zeigt sich auch für die systemtheoretische Protestforschung die Bedeutung von Organisationen für die Entstehung und Institutionalisierung von Bewegungen, weil Organisationen nicht nur dauerhaft Ressourcen bereitstellen, sondern darüber hinaus als gesellschaftliche Adresse fungieren. Dadurch lassen sich Proteste zum einen einfacher und stabiler zuschreiben, zum anderen ist eine organisierte Protestbewegung auch dann sichtbar, wenn sie gerade keine Protestaktionen ausführt. Dennoch lassen sich Protestbewegungen keinesfalls auf Organisationen reduzieren, weil sie Luhmann zufolge „nicht Entscheidungen organisieren, sondern Motive, commitments, Bindungen.“<sup>52</sup> Vor diesem Hintergrund lässt sich für die deutsche Friedensbewegung sagen, dass ein Grund für deren Schwäche in den 1990er Jahren darin liegen könnte, dass auf der Ebene der Organisation zwar Ressourcen vorhanden waren, es aber aufgrund der entwerteten, an der Ost-West-Konfrontation orientierten Deutungsschemata nicht gelang, ausreichend Themen und Motive zu finden, an denen sich der Protest hätte entzünden können.<sup>53</sup> Dies änderte sich dann mit dem Irakkrieg.

Betrachtet man Protest in erster Linie als kommunikatives Phänomen, dann hängen Verlauf und Entstehung von Protestbewegungen weniger von gesellschaftsstrukturellen Bedingungen und stärker davon ab, dass es Protestbewegungen gelingt, sich über Kommunikation von ihrer Umwelt abzugrenzen. Damit latente Strukturen in manifeste Konflikte münden, bedarf es entsprechender resonanzfähiger Kommunikation. Wie eine Protestbewegung ihre Umwelt wahrnimmt, welche Anlässe sie zum Protest auswählt und inwiefern sie diese Wahrnehmung zur Mobilisierung nutzt, hängt von der Bewegung selbst ab. Der *Framing-Ansatz* hat wie die Systemtheorie deshalb darauf hingewiesen, dass für den Übergang von latenten Strukturen zu manifestem Protest kollektive Deutungsmuster sowie kohärente und hegemoniale Konstruktionen sozialer Wirklichkeit entscheidend sind. Ebenso stimmen Systemtheorie und *Framing-Ansatz* darin überein, dass diese sozialen Konstruktionen durch kommunikative Prozesse zustande kommen. Insofern lassen sich beide Ansätze als konstruktivistisch bezeichnen, weil sich die Auseinandersetzung zwischen Protestierenden und Adressaten des Protest nicht zuletzt auf der Ebene des Konflikts unterschiedlicher Wahrnehmungen sozialer Wirklichkeit wiederfindet.

Gegenüber der Systemtheorie geht der *Framing-Ansatz* allerdings von kollektiven Akteuren als Trägern und Produzenten solcher gemeinsam geteilter Wirklichkeitskonstruktionen aus.<sup>54</sup> Frames haben die Funktion, soziale Ereignisse sinnhaft zu deuten und kohärent und

52 Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1997, S. 850.

53 Vgl. von Bredow: Sozialer Protest, S. 44ff.

54 Reinhard Kneissl/Fritz Sack: Framing. Die kognitiv-soziale Dimension von sozialem Protest, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11 (1998), S. 41–54; William Gamson: Political Discourse and Collective Action, in: Bert Klandermans/Hanspeter Kriesi/Sidney Tarrow (Hg.): International Social Movement Research, Vol. 1, Greenwich 1988, S. 219–244.



plausibel zu erklären. Zugleich bieten Frames nicht nur eine Beschreibung im Sinne einer Diagnose, zeigen also beispielweise nicht nur Ursachen und Verantwortlichkeiten für Friedensbedrohungen auf, sondern liefern darüber hinaus Lösungsvorschläge und Handlungsmöglichkeiten.<sup>55</sup> Insofern wirken Frames in kognitiver Hinsicht als Wahrnehmungsfilter und in emotionaler Hinsicht stiften sie über gemeinsam geteilte Deutungsmuster Gemeinschaft. Entscheidend für erfolgreiche Mobilisierung ist in diesem Zusammenhang zweierlei: Zum einen müssen Protestbewegungen in der Öffentlichkeit vorhandene Frames aufgreifen, zum anderen müssen sie selbst Frames entwickeln, um sich als Protestbewegung darzustellen. Von besonderer Bedeutung sind dabei sogenannte Masterframes, die dafür sorgen, dass Protestanlässe in einen größeren ideologischen Zusammenhang eingebettet werden.<sup>56</sup> So kann etwa der Protest gegen den Irakkrieg zugleich mit dem Protest der Globalisierungskritiker darüber symbolisch verknüpft werden, dass die Vereinigten Staaten in beiden Fällen als Verursacher unerwünschter Verhältnisse gesehen werden.<sup>57</sup> Dies wirkt nicht nur im Rahmen einer gegenüber den USA kritischen Öffentlichkeit legitimierend, sondern mobilisiert auch andere politische Gruppierungen, die nicht primär der Friedensbewegung zuzuordnen sind.

## Transnationalisierung als Herausforderung

Wie sozialwissenschaftliche Forschung und Theoriebildung im allgemeinen, so orientierte sich auch die Protestforschung über lange Zeit an einem Container-Modell, das politischen Protest weitgehend auf den Nationalstaat und seine politischen Akteure bezog. Das galt auch für die Forschungen zur Friedensbewegung. Empirisch mit dem Irakkrieg, theoretisch und konzeptionell mit der Debatte um Transnationalisierungsphänomene vollzieht sich hier gegenwärtig ein Wandel. Deshalb abschließend einige Anmerkungen zur zukünftigen Forschungsagenda der Protestforschung mit Blick auf die jüngsten Friedensproteste.

Für die Friedensproteste der Bundesrepublik Deutschland liegt es zunächst nahe, von verschiedenen Bewegungsgraden oder sogar -arten auszugehen, bei denen sich die Verhältnisse zwischen sozialer Lage, symbolischer Performanz, kollektiver Identität und wohlfahrts- bzw. nationalstaatlichen Bezügen unterschiedlich gestalten. In der Protestforschung wird deshalb von sozialer Bewegung, neuen sozialen Bewegungen und punktuellen Protesten gesprochen.<sup>58</sup> Geht man davon aus, dass eine soziale Bewegung ihren inneren Zusammenhang

55 David Snow/Robert D. Benford: Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization, in: Klanters/Kriesi/Tarrow (Hg.): *International Social Movement Research*, S. 197–218. Vgl. zur Funktion von Frames als kollektives Gedächtnis Thomas Kern: Kritische Ereignisse, Memory Frames und Protest in Südkorea (1980–1987), in: *Berliner Journal für Soziologie* 13 (2003), S. 325–347.

56 Jürgen Gerhards/Dieter Rucht: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, in: *American Journal of Sociology* 98 (1992), S. 555–596.

57 Immerhin gaben 75% der befragten Teilnehmer der Berliner Anti-Irakkrieg-Demonstration vom 15.2.2003 an, Sympathien für die globalisierungskritische Bewegung zu empfinden. Vgl. hierzu Rucht: *Friedensdemonstranten*, S. 59.

58 Vgl. Dieter Rucht: Protest und Protestereignisanalyse, in: ders. (Hg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt a.M. 2001, S. 7–25, hier S. 17.

aus Unbehagen oder Deprivationsempfindungen speist, die sich direkt aus der sozialen Lage bzw. unmittelbaren Vergangenheitserfahrungen ergeben, so sind die Wiederaufrüstungsproteste in den 1950er Jahren hier sicherlich als Beispiel zu nennen. Sie knüpfen an die leidvollen kollektiven Kriegserfahrungen an („ohne mich!“) und richten ihre Forderungen an einen jungen Nationalstaat.

Auch wenn die Proteste der 1980er Jahre mehr oder weniger den gleichen Adressaten haben, kann bei ihnen nicht davon gesprochen werden, dass der Gruppenzusammenhang sich aus einer deprivierten sozialen Lage oder aus einem kollektiven, aus der unmittelbaren Vergangenheit herrührenden Unbehagen ergibt. Vielmehr muss *kollektive Identität* hier erst über symbolische Äußerungen, Aktionen etc erzeugt werden. Dies bedeutet nicht, dass sich Menschen zusammenschließen, die ihre Gemeinsamkeiten erst entwickeln müssen. Im Gegenteil weisen Untersuchungen zu verschiedenen der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen aus, dass es sich hier um eine sozialstrukturell eher homogene Gruppe handelt mit überdurchschnittlicher Bildung, beruflich stark im Sektor der sozialen Dienstleistungen (Bildung, Erziehungswesen, Gesundheitswesen etc.) vertreten, stärker an postmaterialistischen Selbstverwirklichungswerten orientiert etc. Auch wenn sich diese Gemeinsamkeiten vermittelt über den Habitus an soziale Lagen bzw. Herkunft zurückbinden lassen, so leitet sich der Protest im Gegensatz zu klassischen sozialen Bewegungen erstens nicht unvermittelt aus einer deprivierten Klassenlage ab und zweitens müssen Protestierende daher aufgrund des Mangels an kollektiver Deprivationserfahrung ihre kollektive Identität erst erzeugen. Habitusaffinitäten müssen auf der expressiv-symbolischen Ebene in gemeinsame Lebensstile überführt werden, die nach außen das Gegenkulturelle symbolisieren und nach innen kollektive Identität stiften. Eine theoretische Basis für eine derartige Verknüpfung von objektiven Krisen, subjektiven Erfahrungen, Protestmobilisierung und kollektiver Selbsterzeugung bietet, wie jüngst Nick Crossley gezeigt hat, Bourdieus Theorie der Praxis.<sup>59</sup> Crossley diskutiert die hier vorgestellten Ansätze und verweist auf deren Defizite, die er mit Bourdieus Theorie der Praxis auszugleichen versucht. Jene erlaubt nicht nur, erstens mit der Vorstellung inkorporierter Strukturen (Habitus), Protest im Rahmen gesellschaftlicher Krisen zu erklären, ohne die aktive Seite der Akteure zu leugnen. Darüber hinaus werden, so Crossley, zweitens mit dem Konzept relativ autonomer Felder, Protestbewegungen nicht über einen Kamm geschoren, sondern spezifische Gelegenheitsstrukturen mit spezifischen Ressourcenmobilisierungsmöglichkeiten zugelassen und drittens gestattet die Konzeption eines genuin politischen Feldes bei Bourdieu die Idee eines eigenen Protestfeldes bzw. -sektors, bei dem ganz spezifische Ressourcenverteilungen eine Rolle spielen.<sup>60</sup>

Betrachten wir die aktuellen Proteste gegen den Irakkrieg, dann lässt sich auch hier erstens eine Homogenität in der Sozialstruktur feststellen und zweitens bezeichnen sich nur 15,1% der Teilnehmer als „überhaupt nicht zufrieden“<sup>61</sup>, so dass auch hier – wie in den 1980er Jahren – nicht von einer deprivierten sozialen Bewegung auszugehen ist. Dennoch

59 Vgl. v.a. Pierre Bourdieu/ Loïc Wacquant: *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt a.M. 1996.

60 Vgl. Crossley, v.a. S. 168 ff.

61 Vgl. Rucht: *Friedensdemonstranten*.

unterscheidet sich der jüngste Protest erheblich von den Protesten gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen. Er ist weniger lebensweltlich und stärker transnational ausgerichtet. Die Friedensproteste fanden rund um den Globus statt und wurden mit transnationalen Symbolen – wie der PACE-Fahne – versehen. Vor dem Hintergrund der Rekonstruktion verschiedener Perspektiven soziologischer Protestforschung und der Friedensproteste gegen den Irakkrieg kann man demnach als Fazit festhalten, dass man bei der Erklärung neuester Proteste den nationalstaatlichen Rahmen verlassen muss: Die Krisen, um die es jetzt geht, sind durch Globalisierungsprozesse hervorgerufen oder werden mit einem globalisierungskritischen Diskurs verknüpft. Politisch günstige Gelegenheitsstrukturen liegen nicht mehr nur in nationalen Parteien- und Regierungskonstellationen, sondern sind im transnationalen Kontext – hervorgerufen etwa durch eine transnationale Öffentlichkeit – zu suchen.

Die Herausforderung von Transnationalisierungsprozessen für die sozialwissenschaftliche Protestforschung besteht also darin, auf der einen Seite den Nationalstaat als Erklärungsbasis zu verlassen. Auf der anderen Seite stellt sich damit aber auch die Frage nach der Konstruktion kollektiver Identitäten, die nicht mehr unmittelbar mit sozialen Lagen verknüpft sind – wenn sie es denn je waren. Wir schlagen daher vor, in Zukunft stärker die soziale Konstruktion von Protest in den Mittelpunkt zu stellen und mit sozialstrukturellen Überlegungen zu kombinieren. Sozialer Protest ließe dann als kollektive Identitätskonstruktion verstehen, deren Grad und inhaltliche Ausrichtung in Abhängigkeit von subjektiven sozialstrukturellen Erfahrungen (Habitus) und von herrschenden (De-) Legitimierungsdiskursen empirisch zu untersuchen wären. Mit dieser Annäherung ließe sich ein analytischer Zugang gewinnen, der die Möglichkeit offen hält, dass „alte“ Gründe „neue“ (z.B. transnationale) Ausrichtungen nach sich ziehen. In der Analyse von Protest stärker auf die symbolische Ebene zu rekurrieren und dabei Aspekte der Konstruktion kollektiver Identitäten zu berücksichtigen, ist keine ganz neue Überlegung, sondern vielmehr bereits ein Teil des Konzeptes der *Neuen Sozialen Bewegungen*. Vor allem Alain Touraine hat das Feld symbolischer Auseinandersetzung als die neue Arena gesellschaftlicher Antagonismen herausgestellt. Melucci greift diesen Ansatz auf, geht aber nicht mehr von einem einzigen Grundwiderspruch als treibende Kraft aus. Auch Klaus Eder setzt an der symbolischen Dimension an und weist auf Zusammenhänge zwischen *kollektiven Identitäten*, symbolischen Machtverhältnissen und Transnationalisierung bzw. Nationalstaatlichkeit hin.<sup>62</sup> Dabei betont Eder gegenüber dem Ressour-

62 Vgl. Touraine: *Soziale Bewegungen*; ders.: *The Self-Production of Society*, Chicago/London 1977; ders.: *An Introduction to the Study of Social Movements*, in: *Social Research* 52 (1985), S. 749–787; Alberto Melucci: *The New Social Movements. A Theoretical Approach*, in: *Social Science Information?* 19, S. 199–226; ders.: *The Symbolic Challenge of Contemporary Movements*, in: *Social Research* 52, S. 789–815; ders.: *Soziale Bewegungen in komplexen Gesellschaften. Die europäische Perspektive*, in: Klein/Legrand/Leif (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen*, S. 114–130; Klaus Eder: *Protest und symbolische Gewalt. Zur Logik der Mobilisierung kollektiver Identitäten*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 11 (1998), S. 29–40; ders.: *Die Zukunft sozialer Bewegungen zwischen Identitätspolitik und politischem Unternehmertum*, in: ebd. 13 (2000), S. 43–48; ders.: *Chancenstrukturen für Bürgerbeteiligung und Protestmobilisierung in der EU. Überlegungen zu einigen Besonderheiten transnationaler Streitpolitik*, in: Klein/Koopmans/Geiling: *Globalisierung*, S. 45–75.

cenmobilisierungsansatz, dass kollektive Identität mehr ist als kollektives Handeln. Vielmehr sei kollektive Identitätsbildung für Protestbewegungen konstitutiv. Dabei unterscheidet Eder, im Anschluss an Habermas, zwischen Protestbewegungen, die ihre Ziele an der Redistribution von Gütern ausrichten und solchen, die um die Anerkennung kollektiver Lebensformen kämpfen. Historisch gesehen ist der Nationalstaat der Ort für beide Formen des Protests, denn im Falle von Verteilungskämpfen basiert der Protest auf einer gemeinsam geteilten nationalen Identität, die territorial verankert ist, während im Falle von Anerkennungskämpfen kollektive Identitäten innerhalb einer nationalstaatlichen Ordnung gegeneinander stehen. Interessant ist nun, dass Eder die Protestforschung in Zusammenhang mit Transnationalisierungsphänomenen bringt. Denn gerade dieser nationalstaatliche Rahmen und damit auch der Staat als Adressat für Protest geht zunehmend in transnationalen Institutionen auf, die den historisch engen Zusammenhang zwischen kollektiven Identitäten, sozialer Inklusion und territorialer Eingrenzung auflösen. Dadurch entstehen neue Identitätskonflikte unterhalb der nationalstaatlichen Integration. Für die Friedensbewegung stellt sich vor diesem Hintergrund die Herausforderung, dass ihr der Hauptadressat des Protests, der gewaltmonopolisierende und militärisch souveräne Nationalstaat, abhanden kommt. Für Eder stellt sich deshalb die Frage, inwiefern es Protestbewegungen wie der Friedensbewegung gelingt, sich auf dieses neue transnationale Institutionengeflecht einzustellen und selbst transnationale Kommunikationsräume und Identitäten herzustellen, und dabei gleichzeitig Frieden als ein transnationales identitätsstiftendes Symbol auf der Ebene diskursiver Auseinandersetzungen zu behaupten.

Kathrin Fahlenbrach erweitert diese Bezüge, indem sie die Idee der Konstruktion *kollektiver Identitäten* eng im Zusammenhang mit der Vermittlung durch Massenmedien auf der einen Seite und der lebensweltlichen Einbettung in Konfliktgruppen andererseits sieht.<sup>63</sup> Demnach ist es für die Konstitution von Protestbewegungen entscheidend, dass die Akteure über gemeinsame habituell vermittelte Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata verfügen. Damit aber eine stabile kollektive Identität entsteht, muss darüber hinaus eine dauerhafte Selbstwahrnehmung der Bewegung als soziale Einheit gewährleistet sein. Dies vollzieht sich in erster Linie über Massenmedien bzw. über öffentliche Kommunikation, die nicht nur die Symbole des Protests nach außen tragen, sondern in denen sich eine Bewegung als „Massenkörper“<sup>64</sup> kollektiv selbst repräsentiert. Besonders bedeutend für diese Vermittlung zwischen individuellem und kollektivem Erleben sind Fahlenbrach zufolge Leitfiguren, die in öffentlichen Kommunikationen eine Dramatisierungs- und Authentizitätsfunktion erfüllen – vor allem deshalb, weil Leitfiguren symbolisch überdeterminiert sind. Sie eignen sich deshalb zur

63 Kathrin Fahlenbrach: *Protestinszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, 271 Seiten, kt., 24,90 €.

64 Ebd., S. 148. Neben der Entwicklung eines an Habituskonzepten orientierten Rahmenmodells zur Analyse der Genese von Protestbewegungen, untersucht Fahlenbrach im Anschluss die Bedeutung der Massenmedien für die Entstehung und Entwicklung der Studentenbewegung der 1960er Jahre.

Repräsentation von Gemeinschaft, weil sie mit unterschiedlichen Bedeutungen verbunden werden können.<sup>65</sup>

Diese Arbeiten aufgreifend wäre zu untersuchen, inwieweit Diskurse Einfluss darauf haben, was als Protestgegenstand legitim erscheint und inwiefern sich kollektive Protestidentitäten herausbilden. Zu vermuten ist, dass habituelle Deprivationsprobleme oder Schwierigkeiten, Individualisierungsansprüchen gerecht zu werden, zu Unmut führen. Wie dieser Unmut aber geäußert wird, d.h. welche Protestinhalte hervorstechend sind, ist über herrschende Diskurse gerahmt. Diese Vermutung impliziert darüber hinaus, dass erst wenn ein Mindestmaß an Legitimität für einen Protestinhalt gegeben ist, aus diesem Anlass heraus protestiert werden kann. Nun scheint es aufgrund der medialen Präsenz neoliberaler Diskurse der Eigenverantwortlichkeit wenig legitim, Probleme der eigenen, selbst erzeugten und zu verantwortenden Lebenswelt zu thematisieren, selbst wenn es sich dabei um strukturelle und kollektiv empfundene Probleme handelt. Daher könnte es sein, dass statt dessen legitimierte Protestanlässe aufgegriffen werden. Ein Krieg könnte einen solchen Anlass darstellen – erst recht, wenn er von einem Staat geführt wird, bei dem es leichter fällt, ihn mit der „*misère du monde*“ (Bourdieu) zu assoziieren, um doch eigenes Leiden unter neoliberalen Verhältnissen kommunizieren zu können.

65 Vgl. dazu Thorsten Bonacker: Zusammenhalt im Widerstreit. Zur symbolischen Integration durch Gemeinschaft, in: Jürgen Straub/Burkhard Liebsch (Hg.): *Lebensformen im Widerstreit*, Frankfurt a.M. 2003, S. 435–462.

